



12. April 2019

AUSGABE 4/2019

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freunde,*

leider musste ich verfrüht in die Osterpause, da mir mein Rücken ordentlich Probleme bereitete. In den Ferien bedeutet das für mich weniger sitzen und mehr Sport!

Hier mein Bericht über die vergangenen beiden Sitzungswochen:

Anfang April hat der Bundestag die Kandidatin der AfD für den Posten der Bundestagsvizepräsidentin auch im dritten Wahlgang nicht gewählt. Am Donnerstag ist dann auch ein neuer Kandidat durchgefallen. Die AfD hat das natürlich direkt wieder zum Anlass genommen, sich als Opfer der etablierten Parteien darzustellen. Dabei haben im Falle von Frau Harder-Kühnel sogar AfD-Politiker selber vor der Wahl gegenüber dem Spiegel angekündigt, nicht für ihre Kandidatin stimmen zu wollen, weil sie ihnen zu radikal sei.

Dass die Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP für Harder-Kühnel gestimmt haben, kann ich nicht nachvollziehen. Zum Glück sind die meisten Parlamentarier meiner Meinung gewesen: Das Verhalten der AfD ist mit unseren demokratischen Werten nicht vereinbar. Daher sollte keine Kandidatin und kein Kandidat dieser Partei eine Führungsposition vom Deutschen Bundestag erhalten.

---

## **Mehr Geld für Studierende**

Ob oder was eine Person studiert, darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Dafür gibt es das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). Allerdings reicht die aktuelle Förderung oft nicht mehr aus, um die gestiegenen Lebens- und Wohnkosten zu bezahlen. Wir als SPD haben daher auf eine umfassende Reform des BAföG gedrängt. Die Bundesbildungsministerin hat nun einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht.

Kern der Reform ist: Mehr Menschen sollen von verbesserten Leistungen profitieren. Dafür steigen zum einen der Förderhöchstsatz sowie der Wohnzuschlag. Zum anderen sollen Studierende und ihre Eltern künftig mehr Einkommen und Vermögen besitzen dürfen, ohne dass dafür das BAföG gekürzt wird.

Wir werden den Entwurf jetzt im parlamentarischen Verfahren genau unter die Lupe nehmen, damit auch wirklich umfassende Verbesserungen für Studierende dabei rumkommen.

Gleichzeitig gilt es jetzt aber auch diejenigen nicht zu vergessen, die eine Ausbildung statt eines Studiums anstreben. Die Mindestausbildungsvergütung muss so schnell wie möglich kommen. Das ursprüngliche Konzept der Ministerin war inakzeptabel und wurde zu Recht von allen abgelehnt. Der DGB hat nun einem Kompromissvorschlag zugestimmt, der im ersten Ausbildungsjahr 515, im zweiten 615 und im dritten 715 Euro vorsieht.

---

## *Weniger Plastik für mehr Umweltschutz*

Ob Taucher, die durch Müllberge schwimmen oder gestrandete Wale, die an Plastikartikeln im Magen verenden – die Ozeane haben inzwischen den unrühmlichen Ruf als größte Müllkippe der Erde. Um dieses Problem anzugehen, hat das EU-Parlament nun ein Verbot von bestimmten Einwegartikeln aus Plastik auf den Weg gebracht.

Dinge wie Plastikteller, -strohalme oder -besteck sollen ab 2021 aus den Supermärkten in der EU verschwinden. Sie werden oft nur einmal benutzt, dann achtlos weggeworfen und landen am Ende im Meer.

Neben diesem Verbot hat das Parlament weitere Maßnahmen beschlossen, um die Umweltbelastung durch Plastikabfälle zu senken. So soll bis 2030 etwa jede dritte Getränkeflasche aus recyceltem Material bestehen. Zusätzlich müssen sich Hersteller künftig an den Reinigungskosten beteiligen, wenn ihre Produkte einfach weggeschmissen werden. Das betrifft vor allem Hersteller von Zigaretten, da deren Filter beinahe überall herumliegen.

Die Beschlüsse müssen nun noch formal von den einzelnen Mitgliedstaaten angenommen werden. Anschließend hat jedes Land zwei Jahre Zeit, die Maßnahmen in nationales Recht umzusetzen.

Ich halte die Maßnahmen für einen guten Anfang. Für einen effektiven und nachhaltigen Schutz der Meere müssen wir Plastik allerdings noch stärker aus unserem Alltag verbannen. Die SPD fordert daher z. B. ein europaweites Verbot von Mikroplastik in Kosmetikartikeln, etwa in Shampoo oder Rasierschaum.

---

## *Mietenstopp Ja, Enteignungen Nein*

Zu wenig bezahlbarer Wohnraum in Deutschland, besonders in den Großstädten, ist ein großes Problem. Vergangenes Wochenende haben deshalb in vielen Städten Deutschlands tausende Menschen gegen zu hohe Mietpreise demonstriert. Seitdem steht vor allem die Frage im Raum, ob Enteignungen von großen Wohnkonzernen gegen die angespannte Wohnungssituation helfen können.

Ich meine nein, denn Enteignungen würden keine einzige neue Wohnung schaffen. Darüber hinaus würden sie für die Bundesländer teuer werden. Denn die Länder können den Unternehmen die Wohnungen ja nicht einfach wegnehmen, sondern müssten sie ihnen abkaufen. In Berlin beispielsweise schätzt der Senat die Kosten einer solchen Enteignung auf knapp 30 Milliarden Euro.

Ich halte es für sinnvoller, das Geld stattdessen in den sozialen Wohnungsbau und in die Infrastruktur der Städte und Kommunen zu investieren und damit das Angebot und die Qualität von bezahlbaren Wohnungen zu vergrößern.

Trotzdem ist es völlig richtig, dass der Anstieg der Mietpreise privater Wohnkonzerne gebremst werden muss! Wir brauchen daher so schnell wie möglich einen mehrjährigen Mietestopp in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt, um den Mietern eine Verschnaufpause zu verschaffen. Diese Pause müssen die Länder und Städte dann aber auch konsequent nutzen, um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Eine gute Nachricht gibt es diesbezüglich aus Dortmund: Die Dogewo will auf dem DSW-Gelände in der Innenstadt öffentlich geförderte Wohnungen bauen. Etwa 200 Wohneinheiten sollen entstehen.

---

## *Orientierungsdebatte zu vorgeburtlichen genetischen Bluttests*

Diese Woche hat der Bundestag darüber diskutiert, ob bei Risikoschwangerschaften ein genetischer Bluttest auf Trisomie 21 von den Krankenkassen bezahlt werden soll. Bisher ist lediglich die Fruchtwasseruntersuchung zur Feststellung dieser Behinderung eine Kassenleistung. Dieses Verfahren kann im Gegensatz zum Bluttest jedoch für das ungeborene Kind gefährlich werden. Ich bin daher klar für die Zulassung der Bluttests. Der bessere und ungefährlichere Test sollte den Eltern bei Risikoschwangerschaften nicht vorenthalten werden.

Die Meinungen hierzu gehen jedoch auch in meiner eigenen Fraktion auseinander. Die Debatte am Donnerstag war teilweise sehr emotional. Einige Kollegen brachten das Thema auf eine sehr grundsätzliche Ebene und äußerten die Sorge, Bluttests würden dazu führen, dass mehr Kinder mit Behinderung abgetrieben werden. Ich denke, diese Frage ist nicht verbunden mit den Bluttests, sondern eine gesellschaftliche Frage: Helfen wir Eltern und Kindern mit Behinderung, nicht nur zurecht zu kommen, sondern ein glückliches Leben zu führen? Diese Frage sollte uns eine eigene Diskussion wert sein, um Lösungen anzubieten und werdenden Eltern Ängste zu nehmen.

---

Bei mir und meiner Familie steht jetzt erstmal der Osterurlaub auf dem Programm. In der letzten Aprilwoche bin ich wieder in Dortmund und schaue unter anderem bei den Ortsvereinen Barop und Obereving-Kemminghausen vorbei. Vorher treffe ich mich noch mit Mitgliedern der Initiative „Fridays for Future“ aus Dortmund. Ich finde, gerade die SPD sollte sich als Gesprächspartner vor Ort anbieten. Denn von der Zielrichtung her – mehr und zügig Maßnahmen für den Schutz des Klimas zu ergreifen – stimmen wir mit der Initiative überein.

Anfang Mai geht dann der politische Betrieb in Berlin mit zwei Sitzungswochen am Stück weiter.

Ich wünsche euch und euren Familien ein frohes Osterfest!

Eure 